

Antrag zur Beibehaltung der Controlling-Ausschüsse im Bedarfsermittlungsverfahren für die Mittel der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Eine der zentralen Aufgaben der Beiräte im Stadtteil besteht laut dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter darin, an der Gestaltung und Kontrolle öffentlicher Angelegenheiten mitzuwirken. Dazu zählen auch die Überprüfung und Begleitung von Maßnahmen, die das soziale und kulturelle Leben im Stadtteil betreffen, wie etwa die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Im Rahmen der geplanten Änderung des Bedarfsermittlungsverfahrens für die offene Kinder- und Jugendarbeit gibt es jedoch Bestrebungen, den Controlling-Ausschuss abzuschaffen. Dieser Ausschuss spielt eine wesentliche Rolle bei der transparenten Mittelvergabe und der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Jugendhilfe im Stadtteil.

Eine Abschaffung des Controlling-Ausschusses würde die Einflussmöglichkeiten des Beirats erheblich einschränken und damit die demokratische Mitbestimmung der Bürger*innen schwächen. Wir sehen darin einen direkten Eingriff in die Selbstverwaltung auf Stadtteilebene und lehnen diese Entwicklung entschieden ab.

Wir fordern den Erhalt des Controlling-Ausschusses, um Transparenz und Bürger*innenbeteiligung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin zu gewährleisten. Auch im künftigen Verfahren zur Bedarfsermittlung muss der Ausschuss einbezogen bleiben, um demokratische Grundprinzipien zu wahren, lokale Expertise zu nutzen und eine transparente sowie effiziente Verwaltungsaufsicht sicherzustellen.

Zudem fordern wir die aktive Beteiligung des Jugendbeirats im Controlling-Ausschuss. Die Stimme der jungen Generation muss stärker in Entscheidungsprozesse einfließen, insbesondere bei der Mittelvergabe und Bedarfsermittlung. Daher soll dem Jugendbeirat eine Vertretung/ein Sitz im Ausschuss angeboten werden, um direkt an der Gestaltung einer generationengerechten Politik mitwirken zu können.

Beschlussfassung zur Beibehaltung der Einbeziehung der Controlling-Ausschüsse im Rahmen der Mittelvergabe für die offene Kinder- und Jugendarbeit

Der Beirat Hemelingen fasst folgenden Beschluss:

1. Der Beirat fordert, dass er auch künftig an der Entscheidungsfindung über die Mittelvergabe der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch Einbeziehung der Controlling-Ausschüsse partizipiert. Die Stadtteilbudgets und die Controlling-Ausschüsse sollen weiterhin auf Stadtteilebene angelegt sein.
2. Als direkt gewähltes Gremium vertritt der Beirat die Interessen der Bürger*innen und verfügt über die beste Kenntnis der lokalen Bedürfnisse. Eine Übertragung der Kompetenz auf eine andere Instanz würde die demokratische Mitbestimmung einschränken und die Bürger*innennähe verringern.
3. Der Beirat hat eine essenzielle Überwachungs- und Steuerungsfunktion, die nur durch Einbeziehung des Controlling-Ausschusses unabhängig und transparent gewährleistet werden kann. Die geplante Verfahrensweise würde diese Kontrollfunktion erheblich schwächen.
4. Die Beteiligung des Beirats stellt sicher, dass lokale Besonderheiten und Bedarfe berücksichtigt werden. Eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis würde den Bezug zur Lebensrealität der Menschen vor Ort schwächen.
5. Durch enge Zusammenarbeit mit den Beteiligten der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie anderen sozialen Einrichtungen wird eine bedarfsgerechte Mittelvergabe sichergestellt.
6. Der Beirat stellt klar, dass kein Zeitdruck bei der Mittelvergabe besteht. Die Unterlagen werden zwei Wochen im Voraus bereitgestellt, sodass eine gründliche Prüfung sowie eine fundierte Auseinandersetzung möglich sind.
7. Eine Änderung der bestehenden Regelung würde bürokratische Hürden erhöhen, Verzögerungen verursachen und die Transparenz reduzieren.
8. Der Beirat fordert, an künftigen Änderungen des Beiräteortsgesetzes oder anderen Maßnahmen, durch welche die Kompetenzen der Beiräte eingeschränkt werden, angemessen beteiligt zu werden.
9. Dem Jugendbeirat soll eine Vertretung im Controlling-Ausschuss angeboten werden, um eine jugendgerechte Mitbestimmung zu gewährleisten und die Interessen junger Menschen direkt in die Entscheidungsprozesse einzubringen zu können.

Der Beirat Hemelingen fordert alle anderen Beiräte in Bremen auf, sich diesem Beschluss anzuschließen und gemeinsam für den Erhalt der demokratischen Mitbestimmung auf kommunaler Ebene einzutreten.

Der Beirat Hemelingen